



**Deutsche (Ab-)Rüstungspolitik:
Eine intersektional-feministische
Analyse der WILPF**

Über uns

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) ist eine feministische Friedensorganisation mit Sitz in Berlin. Sie ist seit 1915 aktiv und Teil der ältesten Frauenfriedensorganisation der Welt, der Women's International League for Peace and

Freedom (WILPF). Die deutsche WILPF-Sektion setzt sich für Abrüstung und Menschenrechte ein, analysiert die Ursachen von Krieg und Gewalt und fördert weltweit das Engagement für Frieden und Gleichberechtigung.

IMPRESSUM

© Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Deutschland
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Kontakt: info@wilpf.de
Webseite: www.wilpf.de

Veröffentlichung: Februar 2021

Herausgeber*innen: Jennifer Menninger und Victoria Scheyer
Autor*innen: Shila Block, Marieke Eilers, Meike Fernbach, Marieke Fröhlich, Dilek Gürsel, Anna Hauschild, Heidi Meinzolt
Illustration: Jennifer Reiff
Layout: Yannik Kiner

Inhalt

04

Einleitung: Wie hängen Sicherheit, Militarismus und Geschlecht zusammen?

Jennifer Menninger, Victoria Scheyer

09

Realitätscheck zu Deutschlands Rüstungspolitik

Shila Block, Dilek Gürsel, Victoria Scheyer

17

Atomare Abrüstung 2.0: Von gescheiterter Nichtverbreitung zum internationalen Verbot

Marieke Fröhlich, Anna Hauschild

25

Ausblick – gemeinsam sind wir stark!

Jennifer Menninger, Victoria Scheyer

08

Nationale und internationale Aktivitäten der WILPF im Bereich Abrüstung

Heidi Meinzolt

14

Kleine Waffen, Großer Terror

Meike Fernbach

21

Vollautonome Waffensysteme aus intersektional-feministischer Perspektive

Marieke Eilers

ANMERKUNG ZUR SPRACHE IN DIESER BROSCHÜRE

Die Wörter *Männer* und *Frauen* schließen alle Menschen ein, die sich als solche identifizieren. Wir beziehen außerdem nicht-binäre Menschen und Menschen anderer Geschlechtsidentitäten mit ein und verwenden deshalb den Genderstern * in unserer Schreibweise.

JENNIFER MENNINGER UND VICTORIA SCHEYER

Einleitung: Wie hängen Sicherheit, Militarismus und Geschlecht zusammen?

Was bedeutet Sicherheit für Dich? Was bedeutet Frieden für Dich? Was bedeuten Frieden und Sicherheit für uns alle? Fragen, die von unterschiedlichen Menschen unterschiedlich beantwortet werden. Frieden und Sicherheit könnten zum Beispiel folgendes bedeuten: ein menschen- und umweltgerechtes Ökosystem, eine gesunde Nahrungsmittelversorgung und Zugang zu einem solidarischen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem; sie können eine politische Einhaltung der Menschenrechte bedeuten und damit das Recht auf Selbstbestimmung und -verwirklichung in Bezug auf Identität und Sexualität; sie können ein Leben frei von Diskriminierung bedeuten.

In politischen Diskursen werden Frieden und Sicherheit jedoch meist im militaristischen Sinne verstanden: Sicherheit durch Verteidigung und Frieden durch (nukleare) Abschreckung und Aufrüstung und ganz im Sinne der Logik, die größere militärische Macht besitzen zu müssen. Die gesellschaftliche Zustimmung für die deutsche Bundeswehr und deren Sichtbarkeit¹, die Ausmaße der deutschen Rüstungsexportindustrie, die im Bundestag festgelegte Finanzierung für militärische Verteidigung (inklusive NATO)

und die Stationierung der US-Atomwaffen in Büchel sind Indizien dafür, dass Militarismus in Deutschland nicht abgelehnt wird.

Das militaristische Sicherheitsverständnis ist in Deutschland nicht nur in politischen Diskursen und Entscheidungen, sondern auch gesellschaftlich fest verankert und wird von vorherrschenden Geschlechterstereotypen und -normen gestützt.² Geschlechternormen sind Eigenschaften und Verhaltensweisen, die wir mit Weiblichkeit und Männlichkeit verbinden und bestimmten Menschen zuschreiben.

Wie hängen Militarismus und Rüstung mit Geschlechternormen zusammen? Sicherheitspolitik, Krieg, Waffen und Verteidigung werden oft als „Männerthemen“ beschrieben und meist auch von Männern repräsentiert. Gewalt, Stärke und Mut werden als „männliche“ Eigenschaften bezeichnet. Es scheint „männlich“ zu sein, eine Waffe zu tragen, um damit angeblich Schwächere in der Gesellschaft zu beschützen. Warum ist es nicht „weiblich“ eine Waffe zu tragen? In Gesprächen zu Rüstung und Abrüstung hören wir immer wieder, auch von offizieller politischer Seite Waffen seien kein „sexy Frauenthema“. Die Verweise auf

¹ 76% der Deutschen haben ein positives Bild zur deutschen Bundeswehr. ZDF (2019). <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/bundeswehr-studie-deutsche-aussenpolitik-sicherheitspolitik-100.html>

² Enloe, C. (2014). Understanding Militarism, Militarization, and the Linkages with Globalization. Women Peacemakers Program. http://www2.kobe-u.ac.jp/~alexroni/IPD%202015%20readings/IPD%202015_9/Gender%20and%20Militarism%20May-Pack-2014-web.pdf

die Ungleichbewertung bzw. die Dominanz von „männlichen“ über „weiblichen“ Eigenschaften verfestigen und erhalten patriarchale Gesellschaftsstrukturen, in der (Waffen-) Gewalt mit Stärke, Rationalität und Überlegenheit gleichgesetzt wird. Diese Assoziation von „Männlichkeit“ mit Waffengewalt legitimiert eine Rüstungskultur und Militarismus per se sowie Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht.³ Machtverhältnisse zwischen Menschen, innerhalb Familien, Gesellschaften und eben auch innerhalb internationaler Rüstungs- und Sicherheitspolitik beruhen also auf diesen stereotypen Zuschreibungen.

Sicherheitspolitik wird neben ungleichen Geschlechterverhältnissen auch von rassistisch geprägten und postkolonialen Machtverhältnissen bestimmt. Beispielsweise dominieren Länder des globalen Nordens den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der für die Legitimierung von militärischen Interventionen zuständig ist. Dadurch wird Waffengewalt von diesen Ländern tendenziell öfter legitimiert als von Ländern des globalen Südens, wie zum Beispiel der „Krieg gegen Terrorismus“ der USA gezeigt hat. Westlicher Besitz nuklearer Waffen gilt als Mittel des Machtausgleichs

und Friedens, nukleare Waffen außerhalb des Westens als Sicherheitsbedrohung.

Auch die Auswirkungen von bewaffneten Konflikten und Kriegen sind abhängig von Geschlecht und darüber hinaus auch von anderen Identitätszugehörigkeiten, wie Religion, Sexualität, Alter, Behinderungen und nationale oder ethnische Zugehörigkeit/Zuschreibung. 80% der Menschen, die im Krieg durch Waffengewalt sterben, sind Männer; Frauen und Mädchen sind überproportional von Vergewaltigungen und anderer sexualisierter Gewalt betroffen; Menschen mit Fluchthintergrund oder Vertriebene haben weniger Zugang zu medizinischer Versorgung; und die Vulnerabilität von homosexuellen und transgender Personen erhöht sich in Konflikten enorm.⁴ Zusammenfassend wirkt sich Waffengewalt unterschiedlich auf Menschen aus und verstärkt dabei Mehrfachdiskriminierungen. Feministische und indigene Gruppen sowie friedenspolitische Aktivist*innen organisieren sich seit jeher gegen Waffen und Militär und machen deutlich, dass Militarismus ein intersektional-feministisches Thema ist. Obwohl es bereits viele Erfolge ziviler Abrüstungsbemühungen und verbesserte

³ ECCHR, & WILPF (2018). The impact of Germany's arms transfers on economic, social and cultural rights. https://www.ecchr.eu/fileadmin/Kommentare_Konferenzberichte>Weiteres/CESCR_Germany_Jt_ECCHR_WILPF_submission.pdf

⁴ Women's Refugee Commission. (2020). Sexual Violence Against Men and Boys in Conflict and Displacement: Findings from a Qualitative Study in Bangladesh, Italy, and Kenya. 32.



© Charlotte Hooij, WILPF

gesetzliche Regelungen gibt, wie zum Beispiel die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit und den Vertrag über den Waffenhandel⁵, werden feministischer und indigener Aktivismus von politischen Entscheidungsträger*innen und der Rüstungsindustrie häufig unsichtbar gemacht. Die Machtstrukturen und Auswirkungen von Militarismus und Waffengewalt betreffen uns

alle. Gerade hier in Deutschland tragen wir eine große Verantwortung. Deutschland ist die viertgrößte Waffenexportnation der Welt, nach USA, Russland und Frankreich und noch vor China. Damit trägt die Bundesregierung eine außerordentlich große Verantwortung für die rekordverdächtigen weltweiten Militärausgaben von 1.917 Milliarden US-Dollar im Jahre 2019. Dies sind die höchsten Ausgaben seit 1988. Deutschland selbst hält seit 2019 den Rekord der größten Steigerung der Militärausgaben weltweit und zwar um 10% zum Vorjahr.⁶ Aus feministischer Sicht dienen Aufrüstung und die Stärkung des militärischen Sicherheitsapparats als Mittel zur Machtausübung und nicht für Sicherheit und Frieden. Die WILPF setzt sich daher für Abrüstung, die Aufbrechung bisheriger binärer und militaristischer Geschlechternormen sowie ein intersektional-feministisches Verständnis von Sicherheit ein.

In dieser Broschüre betrachten zehn Aktivistinnen aus der deutschen WILPF-Sektion die deutsche Rüstungs- und Sicherheitspolitik aus einer intersektional-feministischen Perspektive. Der erste Artikel stellt zunächst die Verbindung zwischen Deutschlands Rüstungsfinanzierung, -exporten und Abrüstungspolitik

⁵ For further information see Reaching Critical Will. Arms Trade Treaty. <https://www.reachingcriticalwill.org/disarmament-fora/att>

⁶ SIPRI. (2020). *SIPRI Yearbook 2020, Summary*. https://www.sipri.org/sites/default/files/2020-06/yb20_summary_en_v2.pdf

zur feministischen Kritik her. Der zweite Artikel umfasst das Thema Kleinwaffen und untersucht, welche Zusammenhänge es zwischen Kleinwaffen-Exportpolitik und geschlechtsspezifischer Gewalt gibt. Es folgt eine Analyse der deutschen Atomwaffenpolitik, in der nukleare Abschreckung nicht mehr als ein Märchen ist. Der vierte Artikel erklärt die negativen Folgen vom Einsatz vollautonomer Waffensysteme und stellt Deutschlands Position dazu dar. Abschließend diskutieren wir, wie Deutschlands Sicherheitspolitik verändert werden muss, um die Welt zu einem sicheren, lebenswerten und umweltfreundlichen Ort für alle Menschen zu gestalten.



© Charlotte Hooij, WILPF

HEIDI MEINZOLT

Nationale und internationale Aktivitäten der WILPF im Bereich Abrüstung

- 1915** — Der Frauenfriedenskongress in Den Haag verabschiedet eine Resolution zu „allgemeiner Abrüstung“ und fordert, dass alle Staaten aufgrund eines internationalen Abkommens die Herstellung von Waffen und Munition verstaatlichen und den internationalen Handel davon unter Aufsicht stellen.
- 1924** — Auf dem WILPF-Kongress in Washington D.C. machen Gertrud Woker und Naima Sahlbohm auf die verheerenden Auswirkungen von Chemiewaffen aufmerksam.
- 1932** — Anlässlich der Abrüstungskonferenz des Völkerbunds sammeln WILPF-Mitglieder mit anderen Friedensaktivist*innen weltweit ca. 6 Mio. Unterschriften für ihre Forderung: „Auf den Krieg wurde verzichtet, nun lasst uns auf die Rüstung verzichten“.
- 1976** — Die erste UN-Sonderkonferenz zur Abrüstung findet auf Drängen von der WILPF und andere Nichtregierungsorganisationen statt.
- 1979** — Die WILPF beteiligt sich an der „Stop the Arms Race“-Kampagne gegen den Rüstungswettlauf.
- 1984** — Kampagnen für einen Atomwaffenteststoppvertrag und andere multilaterale Abrüstungsabkommen werden von der WILPF mitinitiiert.
- 1995** — Die WILPF organisiert einen Friedenszug von Finnland nach China. Viele Mitglieder nehmen dadurch an der Weltfrauenkonferenz in Peking teil und setzen sich für den Frieden und Abrüstung ein.
- 1900** — Das feministische WILPF-Abrüstungsprogramm *Reaching Critical Will (RCW)* wird gegründet.
- 2000** — Die WILPF ist maßgeblich an der Entstehung der Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ beteiligt, die einstimmig am 31.10.2000 im UN-Sicherheitsrat verabschiedet wird.
- 2010** — Die WILPF-Kampagne „Move the money from war to peace“ startet und fordert die Umverteilung von militärischen in zivile Bereiche.
- 2021** — Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) tritt am 22. Januar 2021 in Kraft. Die WILPF ist Mitglied des globalen Bündnisses für den Vertrag und arbeitet eng mit ICAN zusammen.

Realitätscheck zu Deutschlands Rüstungspolitik

Die ansteigende Nutzung von Kriegswaffen wirkt sich extrem auf die Umwelt, die gesellschaftlichen Strukturen und die Marginalisierung strukturell benachteiligter Gruppen aus. Durch die Anwendung von Gewalt, insbesondere durch den Einsatz von Waffen, werden bestehende asymmetrische Machtverhältnisse zwischen Gruppen und Geschlechtern verfestigt und Vulnerabilitäten gesteigert. Gerade in Konfliktzonen resultiert dies in Vertreibung und Enteignung, verhindert den Zugang zur Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen und löst wirtschaftliche und humanitäre Notlagen aus. Die Lebensbedingungen, allen voran die Ernährungssicherheit und die Teilhabe am Sozial- und Gesundheitssystem werden stark beeinträchtigt. Frauen sind von den Folgen von bewaffneten Konflikten und Krieg überproportional betroffen, haben meist erschwerten Zugang zu politischer Teilhabe, medizinischer Versorgung oder Gerechtigkeit. Sie leiden vermehrt unter sexualisierter und geschlechtsspezifischer Kriegsgewalt. Trotzdem hält Deutschland an einer expandierenden Waffenexportpolitik fest und stellt sich als aktive Partnerin für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle dar, in der Menschen-

rechte als Priorität der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden.⁷

Durch eine feministische Analyse der deutschen Rüstungspolitik erklärt dieses Kapitel die allgemeinen Zusammenhänge zwischen Rüstungsausgaben und sozialen Ungerechtigkeiten, Menschenrechten und Rüstungsexporten, sowie Abrüstungsbemühungen und der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit.

Rüstungsausgaben und soziale Ungerechtigkeiten - du KRIEGst was du bezahlst!

Der Gesamtetat der Bundesregierung im Jahr 2020 betrug 508,52 Milliarden Euro, wovon 8,98 %, also 45,65 Mrd. Euro dem Bundesministerium für Verteidigung bereitgestellt wurden. Damit hat das Verteidigungsministerium, nach dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Allgemeinen Finanzverwaltung, das drittgrößte Budget aller Ministerien. Das Verteidigungsbudget ist damit höher als das der Ministerien für Gesundheit, Verkehr und Bildung und Forschung.⁸ Für Gesundheit sind 8,11% des Haushalts und für Bildung 3,99% geplant. Die Prioritäten der

⁷ "Deutschland als aktiver Partner für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle" - so lautet die Überschrift zum Thema Abrüstung auf der Homepage des Auswärtigen Amtes. Auswärtiges Amt. (2020). Deutschland als aktiver Partner für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruerstung-ruerstungskontrolle/abruerstung-grundsatz-node>.

⁸ Bundeshaushalt (2020): Einzelpläne 2020 - Übersicht Soll Ausgaben. <https://www.bundeshaushalt.de/#/2020/soll/ausgaben/einzelplan.html>

aktuellen Bundesregierung sind also am Haushalt deutlich zu erkennen. Circa 7 Mrd. Euro wurden alleine für Beschaffungsmaßnahmen, also den Einkauf von Panzern oder Kampfflugzeugen ausgegeben und im Vergleich 5 Mrd. Euro in die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und der Nachwuchsförderung. Für die Friedensförderung, zum Beispiel für zivile Konfliktbearbeitung, wurden nur circa 434 Millionen bereitgestellt, also in etwa das Budget für einen Puma Panzer (420 Mio.). Nicht erst die Corona-Krise hat gezeigt, dass das Gesundheitssystem und benachteiligte Personengruppen von Krisen stärker betroffen sind. Gelder fehlen in hohem Maße, wenn es um soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit oder Friedensförderung geht. Für das Jahr 2021 stieg der Verteidigungsetat trotzdem um rund 2,8% auf 46,93 Mrd. Euro und das, obwohl die andauernde gesundheitliche und sozio-ökonomische Krise sehr stark deutlich gemacht hat, dass gesundheitliche, ökonomische und soziale Sicherheit nicht durch Waffen und Panzer erreicht werden kann.⁹

Feministische Sicherheit und Frieden in Form von sozialer (Geschlechter-)Gerechtigkeit braucht ein angemessenes Budget. Bereits 800.000 Euro können die Grundschulausbildung von 7633

Mädchen in Ländern mit niedrigem Einkommen finanzieren.¹⁰ Nur mit dem deutschen Budget für Panzer könnten damit 4 Mio. Kinder eine Grundschulbildung erhalten. Alternativ könnte mit dem Panzerbudget auch das erste Friedensministerium aufgebaut werden, das Konfliktmediation in den Fokus rückt und aktiv Friedenskräfte ausbildet und unterstützt. Damit könnten auch unsere Forderungen nach einer angemessenen Finanzierung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit umgesetzt werden, die sich auf den Schutz von Frauen in Kriegen, Konfliktprävention und Abrüstung konzentriert.

Ganz im Sinne von „Du KRIEGst was du bezahlst“ (You get what you pay for)¹¹ ist die Anzahl der globalen bewaffneten Konflikte gestiegen. Dadurch werden soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit geschwächt. Frieden braucht Geschlechtergerechtigkeit und solidarische, soziale Systeme und verlangt daher nach einer Umschichtung des Verteidigungsbudgets zu Investitionen in Bildung, Soziales und Gesundheit und dies national sowie international. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit fordert daher in einer Kampagne, das Budget von Krieg zu Frieden

⁹ Deutscher Bundestag. (2020). Haushalt. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/>

¹⁰ WILPF. (2016). Women, Peace and Security Financing. PeaceWomen. <http://www.peacewomen.org/WPS-Financing>

¹¹ WILPF (2018). Move the Money From War to Peace. WILPF. <https://www.wilpf.org/move-the-money/>



© Charlotte Hooij, WILPF

umzuschichten („Move the Money from War to Peace and Gender Equality”)¹².

Deutsche Waffenexportkontrolle und Menschenrechte?

Waffenexporte müssen von der deutschen Bundesregierung unter Einhaltung eines bestimmten Regelwerks, nämlich gemäß dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG), dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG), dem „Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren”, dem „internationalen Waffenhandelsvertrag” und den von der OSZE verabschiedeten „Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen” genehmigt

werden.¹³ Deutschlands Prinzip ist dabei, dass „Güter nicht für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden oder zur Verschärfung von Krisen beitragen”¹⁴. Zwischen Prinzipien und tatsächlichen Exportgenehmigungen besteht jedoch ein großer Widerspruch. Dazu kommt, dass sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt (physische, sexualisierte, emotionale oder strukturelle Gewalt gegen Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung) nicht explizit als Menschenrechtsverletzung geprüft wird. In Deutschland gilt geschlechtsspezifische Gewalt nicht als expliziter Grund, diese Genehmigungen zu

¹² Mehr zur Kampagne „Move the Money” von WILPF hier: <https://www.wilpf.org/wilpfs-movethemoney-initiative-to-boost-funding-for-women-peace-and-security/> sowie Infomaterialien hier: <http://www.peacewomen.org/WPS-Financing> oder ein Link zu COVID19 hier: <https://www.wilpf.org/covid-19-militarise-or-organise/>

¹³ ECCHR & WILPF. (2018). The impact of Germany’s arms transfers on economic, social and cultural rights. https://www.ecchr.eu/fileadmin/Kommentare_Konferenzberichte>Weiteres/CESCR_Germany_Jt_ECCHR_WILPF_submission.pdf
¹⁴ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2020). Für eine zurückhaltende und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexportkontrolle.html>

verweigern¹⁵, obwohl der internationale Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty) in Artikel 7(4) vorsieht, dass Waffen nicht gehandelt werden dürfen, wenn diese zur geschlechtsspezifischen Gewalt beitragen.

Das Kernproblem des Rüstungsexports ist, dass die Wahrung der Menschenrechte nicht gewährleistet werden kann. Von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind Männer (die wegen ihres Alters und Geschlechts am häufigsten von Kriegswaffen ermordet werden), Frauen (die vor allem als Überlebende sexueller Gewalt betroffen sind), hin zu Minderheiten und Gruppen mit besonderen Vulnerabilitäten (Geflüchtete, Staatenlose, Oppositionelle, die mit Waffengewalt vertrieben oder bedroht werden). Trotzdem genehmigt Deutschland wiederholt Rüstungsexporte in Länder, die Kriege führen, Waffen in Krisengebiete liefern oder Söldner entsenden.¹⁶ 2019 wurden Kriegswaffen nach Ägypten, Jordanien, die VAE und die Türkei geliefert: Länder, die nicht nur eine extrem problematische nationale Menschenrechtslage aufweisen, sondern Kriege in Libyen, Jemen und Berg-Karabach

unterstützen. Wie können deutsche Waffenlieferungen nach Ägypten genehmigt werden? Das Land belegt derzeit Platz 134 von 153 des weltweiten Rankings zu Geschlechtergerechtigkeit.¹⁷ Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist in Ägypten die häufigste Menschenrechtsverletzung (Vergewaltigungen, Zwangsheirat, kein Recht auf Abtreibung, Gewalt in der Ehe).¹⁸ Häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt sind gesetzlich nicht kriminalisiert und derzeit sind einige Menschenrechtsverteidiger*innen aufgrund ihrer Arbeit inhaftiert.¹⁹ Weitere kritische Beispiele sind Lieferungen von Militärfahrzeugen an die Arabischen Emirate, aber auch U-Boote und Schiffe, die an Länder wie Südkorea verkauft werden und dann für den Transport von Waffen und Munition in Länder mit aktiven Kriegen genutzt werden. Da die Kontrolle der deutschen Exporte sich jedoch nur auf die*en erste*n Käufer*in beschränkt, entzieht sich Deutschland hier jeglicher Verantwortung.

2019 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 8,02 Milliarden Euro und verdiente damit durch die Steuern an den Exporten der Kriegswaffen mit. Aus

15 Bernarding & Lunz (2020). Exporting Violence and Inequality. The Link Between German Arms Exports and Gender-Based Violence. Center for Feminist Foreign Policy. https://static1.squarespace.com/static/57cd7cd9d482e9784e4ccc34/t/5fa54f4f619e4d51ec8484cd/1604669266465/Greenpeace_CFFP_GenderBasedViolence_ArmsExport_Final.pdf

16 Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung. (2020). Rüstungsexportbericht 2020. <https://www.gkke.org/wp-content/uploads/2020/12/GKKE-69-REB-2020-Pressversion.pdf>

17 World Economic Forum. (2019). The global gender gap report 2020. <https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2020>

18 UNFPA Egypt. (2016). Gender-based violence. UNFPA Egypt. <https://egypt.unfpa.org/en/node/22540>

19 Amnesty International. (2020). Ägypten: Wir sorgen uns um Hoda Abdelmoniem! <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/ae-gypten-sorge-um-menschenrechtlerin-2020-12-04>

feministischer Perspektive ist es unerlässlich, Folgen, Auswirkungen und Machtverhältnisse des Waffenexports zu analysieren und marginalisierten Gruppen eine Stimme zu geben. Es ist unbestritten, dass gewaltvolle Konflikte, Waffenbesitz und ein damit einhergehendes dominantes (hegemoniales) Männlichkeitsbild in direktem Zusammenhang stehen mit dem Anstieg von sexualisierter Gewalt. Selbst in Ländern, in denen es keine aktiven Konflikte gibt, steigt die Gefahr für Frauen und andere vulnerable Personen an, bei häuslicher Gewalt getötet oder verletzt zu werden, wenn viele Kleinwaffen bei laxer Gesetzgebung verfügbar sind.

Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit und Abrüstungsengagement

Von 2019-2021 war Deutschland nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und präsentierte sich als Akteurin zur Überwindung bestehender Konflikte. Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit galt als Schwerpunkt der deutschen Delegation, die sogar eine neue Resolution zur Agenda initiierte.²⁰ Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit unterstreicht, dass Abrüstung fundamental für Gewaltprävention und den Schutz vor geschlechtsspezifischer sexualisierter Gewalt

ist. Sie stellt fest, dass Waffen konflikttreibende Faktoren sind und ihr Gebrauch jenen Gruppen stärker schadet, die von Entscheidungen der Konflikttransformation oder Friedensprozessen, sowie des Erwerbs von Kriegswaffen ausgeschlossen sind. Im Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit bekennt Deutschland, dass Waffen ein erhöhtes Risiko für die Sicherheit von Frauen darstellen und verpflichtet sich zu einer verbesserten Geschlechterperspektive bei der Abrüstung und zur Verhinderung der Verbreitung von Kleinwaffen. Trotz dieses Engagements bleibt Deutschland auch 2020 global viertgrößter Waffenexporteur.

Genau hier zeigt sich die Inkohärenz der deutschen Außenpolitik. Die angebliche Priorität der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit nehmen wir der viertgrößten Waffenexportnation der Welt nicht ab. In offiziellen Texten wird vermehrt von Rüstungskontrolle statt dem Ziel vollständiger Abrüstung gesprochen. Eine ernsthafte Abrüstungsagenda würde bedeuten, dass Gewalt und dessen Folgen verhindert und asymmetrische Machtverhältnisse nicht verfestigt werden. Deutschland muss sich dem Ziel der Abrüstung wahrhaftig stellen, wenn es einen tatsächlichen Beitrag zur Prävention humanitärer Notlagen und Förderung von Geschlechtergerechtigkeit leisten will.

20 Auswärtiges Amt: Deutschland, Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/20 (2020). https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/07_Sicherheitsrat.

Kleine Waffen, Großer Terror

Die National Rifle Association (NRA) gehört zu den einflussreichsten Lobbyverbänden in den USA und gibt jährlich circa 3 Millionen Dollar aus, um Politiker*innen zu beeinflussen, sodass die gesetzliche Waffenregulation in den USA keine Einschränkung erfährt.²¹ Da ist es nicht überraschend, dass jährlich 38.000 Amerikaner*innen in Folge von Waffengewalt sterben.²² Wir beklagen, dass die US-amerikanische Regierung sich immer noch nicht von dem Einfluss der NRA lossagt. Aber ist es in Deutschland sehr viel anders? Ist die deutsche Bundesregierung wirklich viel unabhängiger von der Waffenlobby als die Regierung in den USA? Die Gefahr durch eine Waffe getötet oder bedroht zu werden ist in Deutschland deutlich geringer als in vielen anderen Ländern. Auch hat Deutschland den Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty – kurz ATT) schon 2013 ratifiziert und somit erstmalig die vertraglich festgeschriebene Verbindung zwischen Waffenhandel und geschlechtsspezifischer Gewalt anerkannt.²³ Und dennoch werden deutsche Waffen täglich dazu genutzt, um zu drohen, zu terrorisieren und zu töten.

Seit Jahrzehnten verhält sich Deutschland, als höre die Verantwortung für deutsche Waffen an den Landesgrenzen auf. Aktuell steht Deutschland auf Platz vier der weltweiten Waffenexportnationen.²⁴ 2019 stellte die Bundesregierung einen neuen Exportrekord auf und genehmigte noch im letzten Jahr Waffenexporte in Höhe von 4,9 Mrd. Euro.²⁵ Was bedeutet dies für die nicht-deutsche Bevölkerung? Was für eine Auswirkung hat diese Zahl auf das tägliche Leben von Menschen? Der Diskurs der deutschen Exportpolitik dreht sich häufig um Kriegswaffen und Rüstungsgüter. Der folgende Text jedoch, wird sich mit der Weitergabe von Klein- und Handfeuerwaffen befassen und mit den Auswirkungen, die diese Waffen vor allem auf das Leben von Frauen haben.

Die letzten 30 Jahre Forschung zum Thema Frauen und Sicherheit weisen darauf hin, dass sexualisierte Gewalt als „Waffe“ im Krieg eingesetzt wird. Sie kommt zu dem Schluss, dass sexualisierte Gewalt genutzt wird, um den Feind zu demoralisieren und die eigene Machtüberlegenheit zu zeigen. In jedem Fall ist sexualisierte Gewalt immer auch die Folge eines

21 BBC (2020): US gun control: What is the NRA and why is it so powerful?, [online] <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-35261394>.

22 Giffords (2020): 38, 000 Americans Die From Gun Violence Every Year – An Average of 100 Per Day, [online] <https://giffords.org/gun-violence-statistics/>.

23 SIPRI (2019): The inclusion of gender-based violence concerns in arms transfers decisions: The case of the Arms Trade Treaty, [online] <https://www.sipri.org/commentary/blog/2019/inclusion-gender-based-violence-concerns-arms-transfers-decisions-case-arms-trade-treaty>.

24 SIPRI (2020): SIPRI Yearbook 2020

25 Handelsblatt (2020): <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nach-rekordjahr-bundesregierung-hat-2020-weniger-waffenexporte-genehmigt-als-im-vorjahr/26729160.html?ticket=ST-998996-9K5Ird5Lz0PZ5JuHLIbe-ap3>

verzerren Bildes von Männlichkeit.²⁶ Ein Ende des Krieges bedeutet allerdings nicht ebenso ein Ende dieser Form von Gewalt.²⁷ Sexualisierte Gewalt findet auf einem sich steigernden Verlauf statt, der sich von sogenannter „häuslicher Gewalt“ über strukturelle Gewalt durch Armut bis hin zu Kriegsgewalt ausdehnt und nicht plötzlich, mit dem offiziellen Niederlegen der Waffen, aufhört.²⁸

Die Gefahr, dass Gewalt auf diesem Spektrum in Vergewaltigung oder sogar Mord endet, wird verschärft durch den leichten Zugang zu Waffen, insbesondere „Klein“- oder „Leichtwaffen“.²⁹ Durch ihre leichte Transportfähigkeit werden Klein- und Leichtwaffen häufiger geschmuggelt und landen auf dem Schwarzmarkt und somit in den Händen gewaltbereiter Personen.³⁰ So gelangten zwischen 2009 und 2012 deutsche Schusswaffen der Firma Sig Sauer durch illegalen Retransfer aus den USA

in das Bürgerkriegsland Kolumbien und 2014 wurden Sturmgewehre von Heckler & Koch dazu verwendet, 43 mexikanische Studierende in Guerrero hinzurichten.³¹ Die Folgen deutscher Waffenlieferungen sind also oft fatal. Aber wie genau hängen diese Beispiele mit dem Leben von Frauen zusammen und der Gefahr geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt zu werden?

In Zeiten von Krieg, der Nachkriegszeit, und selbst in den Zeiten, die wir als „Frieden“ bezeichnen, werden Klein- und Leichtwaffen dazu genutzt, Frauen zu bedrohen, zu terrorisieren und zu töten. Wie entscheidest du dich, wenn eine geladene Waffe an deine Schläfe gedrückt wird, oder an die Schläfe deines Vaters, deiner Schwester, deines Kindes? Entscheidest du dich für den Tod, oder dafür, deinen Peiniger*innen das zu geben, was sie verlangen? Diese Taktik der Bedrohung und Terrorisierung ist ein besonders effektives Mittel, um sexuelle Handlung zu erzwingen, manchmal über Jahre hinweg.

Betrachten wir Gewalt in häuslicher Umgebung sehen wir, dass in Beziehungen, die durch Gewalt geprägt sind, die Wahrscheinlichkeit dramatisch ansteigt von seinem Partner getötet zu werden, wenn sich eine Waffe im

26 Baaz, M.E., Stern, M. (2014): Understanding Sexual Violence in Conflict and Post-Conflict Settings, in: M. Evans, C. Hemmings, M. Henry, H. Johnstone, S. Madhok, A. Plomien, S. Wearing (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Feminist Theory* (SAGE Publications Ltd, pp. 585–605); Wood, E.J. (2004): *Sexual Violence during War: Explaining Variation*, in: I. Shapiro, S. Kalybas (Hrsg.), *Order, Conflict and Violence* (Yale University).

27 Baaz, M.E., Stern, M. (2014): Understanding Sexual Violence in Conflict and Post-Conflict Settings, in: M. Evans, C. Hemmings, M. Henry, H. Johnstone, S. Madhok, A. Plomien, S. Wearing (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Feminist Theory* (SAGE Publications Ltd, pp. 585–605); True, J. (2012): *The political economy of violence against women* (Oxford University Press).

28 True, J. (2012): *The political economy of violence against women* (Oxford University Press).

29 Cukier, Kooistra, Anto (2002): 'Gendered Perspectives on Small Arms Proliferation and Misuse: Effects and Policies', in: Farr, Gebre-Wold (Hrsg.), *Gender Perspectives on Small Arms and Light Weapons: Regional and International Concerns* (BICC).

30 Wisotzki, S. (2020): *Deutsche Rüstungsexporte in alle Welt? Eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre* (o. O.).

31 Ibid.

Haushalt befindet.³² In den USA etwa werden 55 Prozent der Todesopfer häuslicher Gewalt erschossen.³³ Es ist ersichtlich, dass die Präsenz von Klein- und Leichtwaffen die Gefahr für das Leben von Frauen verstärkt.³⁴ Aus Sicht dieser Frauen macht es keinen Unterschied ob Kriminalität oder Konflikt, ob militärische oder nichtmilitärische Waffen, ob legale oder illegale Waffen die Ursache für ihre Bedrohung sind, der Terror und die Traumatisierung bleiben dieselben.

Wie können wir also angesichts dieser Gegebenheiten eine moralische Überlegenheit hinsichtlich der USA oder anderen Staaten rechtfertigen, wenn es oft deutsche Waffen sind, die diesen Terror möglich machen? Wir applaudieren der deutschen Wirtschaft, die schwarze Null, die restriktiven Waffengesetze. Aber was passiert, wenn wir einen Schritt weiterdenken? Wenn wir erkennen, dass der deutsche Wohlstand auch durch eine lockere Waffenexportpolitik gewährleistet wird? Dass die deutsche Sicherheit auf Kosten nicht-deutscher Unsicherheit aufrechterhalten wird? Anders als in den USA gibt es in Deutschland keine

offiziellen Zahlen, die den Einfluss der Waffenbefürworter*innen widerspiegeln, sondern lediglich Mutmaßungen über Geldtransfers an Bundestagsabgeordnete von Deutschlands größten Waffenproduzent*innen, wie etwa Heckler & Koch.³⁵ Anstatt also transparent und öffentlich zugängliche Zahlen zu liefern, finden die Verhandlungen der deutschen Waffenlobby hinter verschlossenen Türen statt. Dies ermöglicht Deutschland die eigene Fortschrittlichkeit und moralische Überlegenheit hinsichtlich Geschlechtergleichberechtigung anzupreisen. Es spiegelt jedoch nicht die Realität wider. Diese stillschweigend hingenommene Politik muss aufhören. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den von Gewalt betroffenen Frauen, Männern und Kindern und müssen die höchst problematische, deutsche Rüstungspolitik beleuchten, hinterfragen und lautstark anfechten.

32 Cukier, Kooistra, Anto (2002): 'Gendered Perspectives on Small Arms Proliferation and Misuse: Effects and Policies', in: Farr, Gebre-Wold (Hrsg.), Gender Perspectives on Small Arms and Light Weapons: Regional and International Concerns (BICC); Snyder, R. L. (2019): No visible bruises: What we don't know about domestic violence can kill us (Bloomsbury Publishing USA).

33 Cukier, Kooistra, Anto (2002): 'Gendered Perspectives on Small Arms Proliferation and Misuse: Effects and Policies', in: Farr, Gebre-Wold (Hrsg.), Gender Perspectives on Small Arms and Light Weapons: Regional and International Concerns (BICC).

34 Ibid.

35 Zeit Online (2018): Ermittlungen gegen Heckler & Koch wegen Bestechung, [online] <https://www.zeit.de/news/2018-05/22/ermittlungen-gegen-heckler--koch-wegen-bestechung-180522-99-401210>

Atomare Abrüstung 2.0: Von gescheiterter Nichtverbreitung zum internationalen Verbot

Nukleare Teilhabe Deutschlands und das Märchen von Abschreckung

Das Thema Atomwaffen scheint oft ein alter Hut zu sein und eher in der Zeit des Kalten Krieges zu verorten als in der multilateralen Welt des 21. Jahrhunderts. Jedoch existieren weltweit auch heute noch 13.000 Atomsprengkörper von neun Atomwaffenstaaten³⁶ und die Logik der nuklearen Abschreckung bestimmt internationale Sicherheitspolitik. Auch Deutschland ist maßgeblich an dieser Politik beteiligt: Im rheinland-pfälzischen Büchel sind ca. 20 US-amerikanische Atomwaffen stationiert.³⁷ Außerdem tragen deutsche Unternehmen³⁸ und Finanzinstitutionen zur Produktion und Finanzierung von Nuklearwaffen bei.³⁹

Deutschland hält mit den Bündnisstaaten der NATO an einer atomaren Abschreckungspolitik fest. Hier wird argumentiert, dass durch die Existenz von Atomwaffen und deren „ausgeglichener“ Verteilung an wenige Staaten sowie Androhung des Einsatzes eine Art globales Machtgleichgewicht bestünde. Als Überbleibsel der bipolaren Welt des Kalten Krieges beruht diese Argumentation

auf den Säulen patriarchaler Machtpolitik.⁴⁰ Als Nordkoreas Staatschef Kim Jong-Un 2018 als Drohgebärde an den „Atomwaffenknopf“ auf seinem Schreibtisch erinnerte, erwiderte Donald Trump „Mein Atomwaffenknopf ist viel größer und mächtiger als seiner“.⁴¹ Der Größenvergleich ist hier leider nicht die Ausnahme, sondern Regel einer Politik, die auf überholten Männlichkeitsbildern beruht. Nukleare Abschreckung statt multilaterale Abrüstung, Größenvergleich statt diplomatische Kommunikation.

Im Kontext dieser noch immer vorherrschenden Logik wird eine Politik der Abrüstung als emotional und naiv betrachtet, sogar direkt mit Schwäche und vermeintlicher Weiblichkeit in Verbindung gebracht.⁴² Jedoch stellt sich mit Blick auf die Geschichte die Frage, wo Naivität zu verorten ist: im Sicherheitsverständnis basierend auf gegenseitiger Androhung von Massenvernichtung oder in der Annahme, dass existierende Waffen auch benutzt werden. Doch nicht nur der Einsatz von Atomwaffen, sondern auch deren Entwicklung, Erprobung, Transport und Lagerung haben verheerende humanitäre und ökologische Folgen.

36 Frankreich, Großbritannien, USA, Russland, Volksrepublik China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea.

37 Werdermann (2019) Atomares Deutschland. ICAN. https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2019/12/2019_atomwaffenstandorte_web.pdf.

38 Snyder (2019) Airbus Company Profile. <https://www.dontbankthebomb.com/airbus/>.

39 Snyder (2019) Liste deutscher Finanzinstitute. <https://www.dontbankthebomb.com/germany/>.

40 Standke-Erdmann & Scheyer (2020) Exposing Flaws in the Logic(s) of Nuclear Deterrence as an International Security Strategy – A Feminist Postcolonial Perspective. *Ethics & Armed Forces* 2020/1.

41 Trump, D (2018) Twitter. <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/94835557022420992>.

42 Acheson, R. (2019) The nuclear ban and the patriarchy: a feminist analysis of opposition to prohibiting nuclear weapons. In: *Critical Studies on Security* 7(1).

Nuklearer Kolonialismus – Verbot von Atomwaffen als Forderung für soziale und ökologische Gerechtigkeit

Die Hauptleidtragenden der gesamten Produktionskette von Atomwaffen – angefangen vom Uranabbau über Atombombentests bis zur Atommülllagerung – sind historisch benachteiligte, mehrfach marginalisierte Gruppen. Diese werden von der vorherrschenden Atomwaffenpolitik systematisch ausgeschlossen. So wird unter Nuklearem Kolonialismus die systematische Ausbeutung des Gebietes indigener und ehemals kolonialisierter Gruppen verstanden, um Atomwaffen und Atomenergie zu produzieren.⁴³ Durch Uranabbau entstehen schwerwiegende gesundheitliche Beeinträchtigungen von Menschen und radioaktive Kontamination von Ökosystemen auf indigenem Gebiet in Nordamerika oder ehemals kolonialisierter Länder wie der Demokratischen Republik Kongo.⁴⁴ Auch Atomwaffentests in ehemaligen Kolonien, beispielsweise in Algerien oder nahe pazifischer Inselstaaten, haben langfristige negative Folgen.⁴⁵ Der Einsatz von Atomwaffen hat auch geschlechtsspezifische Auswirkungen. So sind Menschen mit Eierstöcken und Gebärmutter von einem höheren

Risiko von Langzeitfolgen betroffen.⁴⁶ Durch Rollenzuschreibungen sind Frauen außerdem weitaus mehr emotionaler und reproduktiver Verantwortung und somit Stress ausgesetzt. Gesellschaftliche diskriminierende Strukturen werden im Kontext von Krisen und Konflikten verstärkt, wodurch insbesondere Frauen im globalen Süden durch Folgen von Atompolitik weitere Marginalisierung erfahren.

Der Atomwaffenverbotsvertrag - Mittel zum Diskurswechsel

Obwohl verschiedene multilaterale Abrüstungsverträge bestehen, wurden die Menschen, die primär von den Folgen betroffen sind, meist nicht miteinbezogen. Ein solcher Vertrag ist zum Beispiel der Nichtverbreitungsvertrag (NVV). Derzeit sind 191 Staaten Mitglied des NVV – unter ihnen auch Deutschland.⁴⁷ Der NVV regelt insbesondere die Eindämmung von Atomwaffen durch ein Verbot von Weitergabe und neuen Atomwaffenprogrammen. Der Besitz von Atomwaffen der ständigen Sicherheitsratsmitglieder (China, GB, Frankreich, USA, damalige Sowjetunion), auch P5 genannt, wird allerdings nicht in Frage gestellt. Basierend auf dieser Doppelmoral erhält der

43 Endres, D (2009) The Rhetoric of Nuclear Colonialism. In: Communication and Critical/Cultural Studies 6 (1).

44 Rosa Luxemburg Stiftung (2019). Der Uranatlas. <https://www.rosalux.de/publikation/id/40912/>.

45 IPPNW (2019) Hibakusha Weltweit. <https://hibakusha-worldwide.org/de>.

46 Ozasa, K. et al (2012). Studies of the mortality of atomic bomb survivors: Report 14, 1950-2003 – an overview of cancer and non-cancer diseases. In: Radiation Research 177 (3).

47 UNODA (1968) Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. <http://disarmament.un.org/treaties/t/npt>.

NVV die Machtposition der P5. Diese globale nukleare Ordnung⁴⁸ reproduziert Machtgefälle und etabliert so Ungleichheiten in der internationalen Staatengemeinschaft. Außerdem zeigen die P5 keinerlei Abrüstungsbemühungen mehr, obwohl diese ebenfalls im NVV gefordert werden. Die Nichtverbreitung war auch nicht erfolgreich, da heute (mindestens) vier weitere Staaten Atomwaffen besitzen.

Aus diesem Grund erarbeitete eine Mehrheit von atomwaffenfreien Staaten gemeinsam mit indigenen aktivistischen Gruppen aus der ganzen Welt⁴⁹ und zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie WILPF⁵⁰ als Mitglied der Kampagne ICAN⁵¹, den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Der AVV ist der erste nukleare Abrüstungsvertrag, der Atomwaffen grundsätzlich verbietet und ihre humanitären und ökologischen Folgen in den Vordergrund rückt sowie geschlechtsspezifische Auswirkungen anerkennt. Der AVV trat am 22. Januar 2021 in Kraft und wurde bisher von 51 Staaten ratifiziert.⁵² Atomwaffen sind somit völkerrechtlich verboten. Es wird eine Änderung

48 Biswas, S (2014) Nuclear Desire. Power and the Postcolonial Nuclear Order. University of Minnesota Press.

49 Indigenous Statement to the UN Nuclear Weapons Ban Treaty Negotiations: <https://icanw.org.au/wp-content/uploads/Indigenous-Statement-June-2017.pdf>.
50 WILPF (2017) The Nuclear Weapon Treaty Resource Guide: https://www.wilpf.org/wp-content/uploads/2018/03/Nuclear-Weapons-Ban-Treaty_English-web-FINAL.pdf.

51 ICAN - International Campaign to Abolish Nuclear Weapons

52 UNODA (2017) Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons. <http://disarmament.un.org/treaties/t/tpnw>. Stand Januar 2021.



© ICAN - Aude Catimel

internationaler Normen angestrebt, ähnlich wie schon bei vorherigen Verboten von Landminen oder Streumunition.⁵³ Dabei ist zu erwarten, dass weitere Ratifizierungen des AVV folgen und damit Atomwaffenstaaten unter Druck gesetzt werden.

Der AVV macht einen Diskurswechsel sichtbar: Atomwaffenfreie Staaten und betroffene Bevölkerungsgruppen emanzipieren sich von der ausschließenden Machtpolitik durch Atomwaffenstaaten. Die Produktion und der androhte, mögliche Einsatz von Atomwaffen betreffen alle – marginalisierte Gruppen sogar überproportional stark – und können nicht weiter gerechtfertigt werden.

53 UNODA (1997) Convention on the Prohibition of the Use, Stockpiling, Production and Transfer of Anti-Personnel Mines and on Their Destruction. http://disarmament.un.org/treaties/t/mine_ban.

UNODA (2008) Convention on Cluster Munitions. http://disarmament.un.org/treaties/t/cluster_munitions.

Wandel deutscher Sicherheitspolitik – Menschen statt Waffen

Die Bundesregierung vertritt weiterhin die Beteiligung am Nichtverbreitungsvertrag, nicht jedoch am AVV. Dabei wird noch immer mit der vermeintlichen Logik der Abschreckung argumentiert.⁵⁴ Anstatt sich an der Legitimierung von Atomwaffen zu beteiligen, fordern wir die Ratifizierung des AVV von Deutschland. Somit würden menschliche Sicherheit und Gerechtigkeit anstatt Waffensysteme in den Fokus gestellt. Ein Beitritt Deutschlands zum AVV ist durchaus möglich. Dies würde einen Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland bedeuten, da die Stationierung von Atomwaffen ebenfalls durch den AVV verboten ist. Außerdem wäre es Deutschland untersagt innerhalb von Militärbündnissen, wie der NATO, an nuklearen Übungen und Manövern beteiligt zu sein.⁵⁵ Bereits 2010 hat der Bundestag den Abzug von Atomwaffen in Deutschland beschlossen, jedoch nicht umgesetzt.⁵⁶

Es wird Zeit, dass Deutschland nicht länger vor den von Atomwaffen verursachte Risiken und Ungerechtigkeiten die Augen verschließt und sich stärker für atomare Abrüstung einsetzt.

54 Auswärtiges Amt (2020) Erklärung des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 26.10.2020. https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2409890#content_4.

55 UNODA (2017) Art. 1 Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons. <http://disarmament.un.org/treaties/t/tpnw/text>.

56 Bödecker, Simon (2020) Zehn Jahre Bundestagsbeschluss zum Atomwaffenabzug aus Deutschland, in: FriedensForum 2/2020 Friedenskooperative.

Vollautonome Waffensysteme aus intersektional-feministischer Perspektive

Die Entwicklung von Waffensystemen, die Ziele ohne menschliche Kontrolle auswählen und bekämpfen können, schreitet ungebremst voran. Insbesondere die USA, Russland, Nordkorea, Israel und die Türkei arbeiten fleißig an der Entwicklung vollautonomer Waffensysteme, obwohl einschlägige Expert*innen, wie Menschenrechtsaktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Entwickler*innen, auf der ganzen Welt davor warnen.

Doch menschliche Kontrolle von Waffensystemen ist aufgrund einer Vielzahl moralischer, operationeller, rechtlicher, ethischer und technischer Bedenken zwingend notwendig. Den technischen Systemen fehlen menschliche Charakteristika, um ethische Entscheidungen zu treffen. In diesem Fall ist das Fehlen von Mitgefühl und Empathie höchst problematisch, denn die Waffensysteme verletzen die Würde des Menschen zutiefst, weil sie nicht verstehen, was es bedeutet, einen Menschen zu töten. Ohne dieses Verständnis wird der anvisierte Mensch zu einem reinen Datensatz, einem Objekt.⁵⁷ Weiterhin kann die Nutzung von „Killerrobotern“ dazu führen, dass in Zukunft schneller in den Krieg gezogen wird. Niedrige Verluste in der eigenen Truppe und eine sinkende Zahl der öffentlich sichtbaren

Opfer, führen zu einer vermeintlichen Kostensenkung für das Militär – und damit sinkt auch die Hemmschwelle einen Krieg zu führen. In der Konsequenz werden die Kosten für alle anderen jedoch deutlich erhöht! Es muss außerdem beachtet werden, dass die den vollautonomen Waffensystemen zugrundeliegenden Algorithmen aufgrund von Trainingsdaten entwickelt werden. Wenn diese Daten allerdings nicht der Realität entsprechen (was sie niemals tun werden), kann es aufgrund von Fehlinterpretationen, die immer wieder vorkommen, versehentlich zu Angriffen auf Zivilist*innen kommen. Es bleibt das Problem der Verantwortlichkeit: Wer ist für Kriegsschäden verantwortlich, die durch „Killerroboter“ entstehen? Militärkommandant*innen oder Programmierer*innen? Und wer zahlt für Kriegsverbrechen, wenn keine Person dafür verantwortlich gemacht werden kann? Diese Rechenschaftslücke macht es unmöglich, Gerechtigkeit zu gewährleisten und Geschädigte zu unterstützen. Nicht zu vergessen ist zudem, dass vollautonome Waffensysteme ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen, weil sie durch Cyberattacken oder Hacking manipuliert werden können.

Aus all diesen Gründen haben sich Mitarbeiter*innen von Tech-Unternehmen bereits gegen vollautonome Waffensysteme ausgesprochen und organisiert, wie man

57 Dahlmann, A., & Dickow, M. (2019). Präventive Regulierung autonomer Waffensysteme. Handlungsbedarf für Deutschland auf verschiedenen Ebenen. Stiftung Wissenschaft und Politik. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S01_dkw_dnn.pdf

am Protest gegen das von Google unterstützte „Projekt Maven“ sehen kann. Google-Mitarbeiter*innen setzten sich dagegen ein, dass das Unternehmen dem Pentagon Künstliche Intelligenz (KI) für Überwachungsdrohnen bereitstellt. Google kündigte daraufhin an, den Vertrag nicht zu verlängern. Nicht nur innerhalb der Tech-Branche ist der Unmut gegenüber den Systemen groß. Weltweite Meinungsumfragen zeigen immer wieder, dass der Großteil der Menschheit darüber entsetzt ist, dass bald Maschinen über Leben und Tod entscheiden könnten. In Deutschland sprechen sich allein 72% der Befragten gegen vollautonome Waffen aus.⁵⁸

Unabhängig davon, dass in der feministischen Analyse Waffen generell als Instrument für den Erhalt patriarchaler Machtstrukturen und nicht für die wirkliche Gewährleistung von Sicherheit angesehen werden, lassen sich aus intersektional-feministischer Perspektive noch weitere Punkte gegen den Einsatz vollautonomer Waffensysteme anbringen, die in der Debatte oft vergessen werden.

Wir wissen inzwischen, dass Technologien nie neutral oder unvoreingenommen sind. Sie sind soziale Konstruktionen, die die

bestehenden Machtverhältnisse, Herrschaft und Diskriminierung widerspiegeln und genauso sexistisch und rassistisch sein können wie Menschen. Das sehen wir bereits an der Existenz diskriminierender, KI-basierter Software wie Googles Bilderkennungssoftware, die eine Schwarze Frau als Gorilla identifizierte oder Microsofts automatisierter Chat-Bot, der sich schon nach kurzem Aufenthalt auf Twitter rassistisch und sexistisch äußerte. Diskriminierungen wie diese, die bei verschiedenen sogenannten KI's bereits nachgewiesen wurden, werden auch vor der Software der vollautonomen Waffensysteme nicht stoppen. Der „Algorithmic Bias“, der bei der Programmierung von Zielprofilen entsteht, führt ziemlich sicher zu Menschenrechtsverletzungen. Es ist daher wahrscheinlich, dass Menschen in Zukunft – mehr als ohnehin schon – aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe oder anderen diskriminierenden Kriterien sterben müssen. Des Weiteren muss die Entwicklung der Waffen, die ihre Entscheidungen selbstständig treffen, im Kontext von Profit gesehen werden. Wir steuern einer dystopischen Zukunft entgegen, in der reiche High-Tech-Länder ärmere Länder mit Hilfe von „Killerrobotern“ unterdrücken.⁵⁹

58 Killer Roboter Stoppen. (2019). Presseerklärung: Widerstand gegen die Entwicklung von autonomen Waffen (Killerrobotern) wächst weltweit, besonders auch in Deutschland. <https://www.killer-roboter-stoppen.de/2019/01/presseerklarung-widerstand-gegen-die-entwicklung-von-autonomen-waffen-killerrobotern-waechst-weltweit-besonders-auch-in-deutschland/>

59 Acheson, R. (2020). A WILPF Guide to Killer Robots. Women's International League for Peace and Freedom. https://www.wilpf.org/wp-content/uploads/2020/04/WILPF_Killer-Robots-Guide_EN-Web.pdf



© Kampagne Stop Killer Robots in Deutschland, www.killer-roboter-stoppen.de

Höchst problematisch ist aus feministischer Perspektive das Argument für den Einsatz der Waffen in Konfliktgebieten, dass sie Frauen nicht vergewaltigen können. Erstens werden Frauen in diesem Fall von den meist männlichen Entscheidungsträger*innen instrumentalisiert. Zweitens weist bisher nichts darauf hin, dass vollautonome Waffen nicht so programmiert werden könnten, dass sie nicht auch vergewaltigen. Es ist sogar anzunehmen, dass eine vollautonome Waffe, die programmiert ist, um zu vergewaltigen, im Gegensatz zum Menschen, nicht zögern wird, dies auch zu tun.⁶⁰

Im September 2020 fand das letzte Treffen der UN-Regierungsexpert*innengruppe (GGE) für tödliche autonome Waffensysteme (LAWS) in Genf statt. Während des Treffens waren sich fast alle Staaten einig, dass es notwendig

sei, die menschliche Kontrolle über diese Gewaltausübungen zu bewahren. Viele benannten ähnliche Komponenten menschlicher Kontrolle, forderten eine Kombination aus Verboten und positiven Verpflichtungen und empfahlen, autonome Waffensysteme zu verbieten, die Menschen ins Visier nehmen oder auf maschinelles Lernen angewiesen sind.⁶¹ Beschlüsse wurden allerdings nicht gefasst. Inzwischen sind es 30 Länder, die ausdrücklich ein Verbot tödlicher vollautonomer Waffensysteme fordern.⁶² Deutschland gehört nicht dazu.

61 Wareham, M. (2020). CCW REPORT. Vol 8 (Nr. 2). <https://mailchi.mp/reaching-criticalwill.org/ccw-report-vol-5-no-1-the-urgent-need-to-retain-human-control-of-weapon-systems-1091596?e=e043d66846>

62 Campaign to Stop Killer Robots (2020). Country Positions on Negotiating a Treaty to Ban and Restrict Killer Robots.

https://www.stopkillerrobots.org/wp-content/uploads/2020/05/KRC-CountryViews_25Sep2020.pdf

60 ibid.

Obwohl auch der geltende Koalitionsvertrag die Ächtung unterstützt⁶³, sprach sich die deutsche Vertretung in Genf erneut nicht für ein Verbot aus. Auch im darauffolgenden Fachgespräch im November 2020 wurde deutlich, dass die Bundesregierung aktuell kein verbindliches nationales oder internationales Verbot autonomer Waffensysteme fordert.

Die Zivilbevölkerung sollte nicht hinnehmen, dass die deutsche Regierung die voranschreitende Entwicklung vollautonomer Waffensysteme durch Nichtstun unterstützt. Die Auswirkungen deutscher Waffenexporte fordern weltweit Menschenleben, doch die Probleme aufgrund der Entwicklung und des Einsatzes vollautonomer Waffensysteme sind von einer anderen Dimension. Ich folge Lucy Suchman in ihrer Einschätzung, dass die Förderung von KI im militärischen Kontext, Militäroperationen verschärfen und gleichzeitig diskriminieren wird - während keine Person politisch und rechtlich zur Rechenschaft gezogen werden kann.⁶⁴

Um einer Zukunft zu entgehen, die neben erschweren klimatischen Bedingungen auch von Tötungsmaschinen mit künstlicher Intelligenz bestimmt wird, müssen vollautonome Waffensysteme jetzt verboten

werden. Die deutsche Bundesregierung sollte auf die Stimmen von Techniker*innen, KI-Expert*innen, Nobelpreisträger*innen, des UN-Generalsekretärs⁶⁵ und der Zivilgesellschaft hören. Sie sollte die Entwicklung, Produktion und den Einsatz vollautonomer Waffensysteme verbieten, sowie die Verhandlungen für ein rechtsverbindliches internationales Instrument – einen Verbotsvertrag – aufnehmen, bevor es zu spät ist.

63 Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (2019). Wer Killerroboter nicht verbieten will, wird scheitern

64 Suchman, L. (2020). Algorithmic warfare and the reinvention of accuracy. *Critical Studies on Security*. <https://doi.org/10.1080/21624887.2020.1760587>.

65 Campaign to Stop Killer Robots (2018). UN head calls for a ban. <https://www.stopkillerrobots.org/2018/11/unban>.

Ausblick – gemeinsam sind wir stark!

Die Beiträge zeigen, dass das Sicherheitsverständnis und die daraus resultierende Außen- und Sicherheitspolitik der deutschen Bundesregierung geschlechtsspezifische Gewalt und unterschiedliche Diskriminierungsformen verstärken sowie Gewalt und Kriege fördern.

Unser Ziel ist es nicht nur die negativen Auswirkungen von Deutschlands (Ab-)Rüstungspolitik sichtbar zu machen. Wir wollen uns auch für gesamtgesellschaftliche und globale Veränderungen einsetzen. Obwohl Veränderung oft unmöglich erscheint, können wir gemeinsam vieles in Bewegung bringen. Die Demonstrationen von “Black Lives Matter”, der jährliche “Frauenstreik” und die “Fridays for Future”-Proteste machen deutlich, dass viele Menschen unsere Welt gerechter und nachhaltiger gestalten wollen. Gemeinsam können wir politische Entscheidungen beeinflussen.

Aktuelle Debatten, wie zum Beispiel über die Bewaffnung von Drohnen oder die Entwicklung von autonomen Waffensystemen, lassen in eine unsichere, besorgniserregende Zukunft blicken. Politiker*innen sollten sich nicht nur von Parteiinteressen leiten lassen, sondern unterschiedlichen Stimmen aus der Zivilgesellschaft, der Forschung und von marginalisierten Gruppen in ihren Entscheidungsprozess einbeziehen. Gleichzeitig ist es an der Zeit, dass die deutsche

Gesellschaft traditionelle und idealisierte Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit stärker hinterfragt und gerechte und selbstbestimmte Identitäten fördert – auch bildungspolitisch. Eine gesamtgesellschaftliche, kritische Beschäftigung mit (militarisierten) Männlichkeiten ist notwendig, um Alternativen zu schaffen. Nur so können zukünftig Krieg und Gewalt überwunden werden.

Durch eine Veränderung des Diskurses, die Schaffung neuer Perspektiven und intersektional-feministische Ansätze mischt sich die WILPF in die politische Debatte ein und fordert eine Neudefinition von Sicherheit. Unsere Ziele sind die Gerechtigkeit für alle Menschen sowie der Übergang von einem militärischen zu einem zivilen und diskriminierungsfreien Sicherheitsverständnis. Ein intersektional-feministisches Sicherheitsverständnis achtet die Menschenrechte, stärkt soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte, schützt die Umwelt⁶⁶ und verfolgt eine finanzielle Umverteilung, weg vom Krieg hin zum Frieden.⁶⁷

⁶⁶ Wie Militarisierung, Klima und Feminismus zusammenhängen siehe diese Wilpf Broschüre: https://www.wilpf.org/wp-content/uploads/2020/06/WILPF_Environmental-Zine_EN-Web-spreads.pdf

⁶⁷ WILPF: Redefine Security <https://www.wilpf.org/work-areas/redefine-security/>

AUTORINNEN UND BETEILIGTE

Shila Block studiert im Master Politikwissenschaften an der Universität Potsdam mit einem Schwerpunkt auf Frauenrechte und internationale Organisationen.

Marieke Fröhlich ist (bildungs-) politisch und wissenschaftlich im Bereich feministische Friedensarbeit tätig und engagiert sich für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, u.a. bei WILPF.

Yannik Kiner ist ausgebildeter Mediengestalter und arbeitet seitdem als freiberuflicher Grafiker und Webdesigner in Berlin. Er hat das Layout dieser Broschüre entworfen und war für den Satz verantwortlich.

Marieke Eilers ist seit 2015 WILPF-Mitglied und vertritt die Organisation bei der Kampagne „Killer Roboter Stoppen!“ in Deutschland.

Dilek Gürsel arbeitet für eine humanitäre Organisation in der Türkei und hat ein starkes Forschungsinteresse an der Region Westasien sowie der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit.

Heidi Meinzolt ist Mitglied im Internationalen Vorstand von WILPF für Europa und koordiniert eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der OSZE.

Meike Fernbach hat einen Master in International Relations von der London School of Economics und beschäftigt sich mit den Themen Feminismus und Postkolonialismus in internationalen Beziehungen.

Anna Hauschild studierte an der Universität Passau „Governance and Public Policy“ und engagiert sich unter anderem bei der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN).

Jennifer Reiff hat das Titelbild gestaltet. Sie ist Sozialpädagogin und studiert „Interkulturalitäts- und Entwicklungsmanagement“ an der OTH in Regensburg. In ihrer Kunst widmet sie sich politischen Themen, um auf Schieflogen und Tabus aufmerksam zu machen.

HERAUSGEBERINNEN



Jennifer Menninger ist Geschäftsführerin von WILPF Deutschland. Sie hat einen Abschluss in Gender Studies und studiert aktuell „War and Conflict Studies“ an der Universität Potsdam.



Victoria Scheyer setzt sich für Abrüstung, feministischen Frieden und Gerechtigkeit ein. Sie ist seit 2018 Mitglied bei WILPF und promoviert am Monash Institut für Gender, Peace and Security.

Wir freuen uns, wenn Ihr unsere Arbeit mit einer Spende oder Eurem Engagement unterstützt!

SPENDENKONTO

Kontoinhaberin: IFFF

Bank: GLS Bank

IBAN: DE56 4306 0967 1142 5987 00

BIC: GENODEM1GLS

www.wilpf.de/die-liga/spenden

MITARBEIT UND MITGLIEDSCHAFT

www.wilpf.de/die-liga/mitglied-werden

